

Die Angriffe auf die Handelspolitik.

Achtet man auf den Umstand, daß die Angriffe auf die Handelspolitik der Kaiserlichen Regierung trotz unbestreitbarer Erfolge derselben mit unermüdblicher Hartnäckigkeit bei jeder Gelegenheit erneuert werden, so bietet sich eine Erklärung nicht sogleich dar. Die mit dem reinen Freihandel verknüpften Interessen sind im deutschen Wirtschaftsleben bei weitem nicht von dem Umfang und der Wichtigkeit, als die Vertreter dieses Systems behaupten. Aus einer ungünstigen Bestimmung des letzten Handelsvertrags für die Spiritfabrikation aus russischem Rohmaterial mußte man einen nationalen, dann wenigstens einen lokalen Verlust von Bedeutung machen, um die Handelspolitik anklagen zu können, während weder der hamburgische Staat als Sitz jener Fabrikation noch die Interessenten dieses Betriebes selbst etwas anderes befürchteten, als eine Fortsetzung desselben unter minder günstigen Bedingungen. Dieselbe Lehre muß aus manchem anderen Beispiel gezogen werden. Geschädigte Wirtschaftsinteressen sind es also nicht, welche der Opposition gegen die Handelspolitik die Nachhaltigkeit geben.

Man würde auch zu viel auf Rechnung des Eigensinns setzen, mit welchem in Deutschland an eingewurzelten Doktrinen festgehalten zu werden pflegt, wenn man die Opposition allein auf diesen Eigensinn zurückführen wollte, obwohl er seinen Antheil an derselben hat. Den eigentlichen Grund wird man wohl suchen müssen in der politischen Opposition als solcher, in dem Bestreben, den Staat vom Parlament, das Parlament von der demokratischen Masse und diese von den Agitationstechnikern abhängig zu machen. Denn dies ist klar, daß es ein ausgezeichnetes Agitationsmittel darbietet, wenn man alle Mängel des wirtschaftlichen Zustandes, die nur langsam zu beseitigen und vielleicht überall in höherem Maße vorhanden sind, als bei uns, auf die Fehler schieben kann, welche die Regierung mit ihrer Handelspolitik begeht. Andererseits würde es das Ansehen der Regierung ungemein stärken, wenn ihre Handelspolitik zu unbestrittener Anerkennung und dadurch zu noch rascherem Erfolg gelangen sollte.

Für das Verfahren dieser Agitation boten ihre Angriffe bei Gelegenheit des spanischen Handelsvertrags wiederum ein recht belehrendes Beispiel.

Zuerst wurde die These aufgestellt: wenn Deutschland gar keine Schutzölle hätte, wenn es das sogenannte System Delbrück bis zur letzten Konsequenz verfolgt hätte, dann würden ihm die Handelsthore aller Nationen, darunter auch Spaniens, offen geblieben und nirgends durch Ölle verschlossen worden sein. Nun liegt es aber vor den Augen jedes Kundigen und Unkundigen, der es nur sehen will, daß die Periode verkehrererleichternder Handelsverträge, welche mit dem französisch-englischen Handelsvertrag von 1860 ihren Anfang nahm, von den großen Nationen außer England verlassen worden ist, bevor Deutschland seine Zollpolitik änderte. Spanien, welches einen Vertrag mit England zu erneuern zögert, hätte gar nicht daran gedacht, der deutschen Industrie ohne besondere Vortheile seine Thore nach Ablauf des früheren Handelsvertrages aufs neue zu öffnen.

Weil nun jene erste These wegen ihrer offenbaren Unrichtigkeit nicht zu lange wiederholt werden durfte, wurde eine neue erfunden. Man sagte: welche ein Widerspruch ist es, erst Ölle zum Schutz der einheimischen Industrie für nothwendig zu erklären und sie dann doch wieder aufzuheben, um vertragmäßige Vortheile für einzelne Zweige der Industrie zu erlangen? Nun ist, wie Jeder wissen kann, der nur seine eigene Erinnerung befragt, die deutsche Zollpolitik bei Umwandlung ihres Tarifs sogleich von dem Gesichtspunkt ausgegangen, neben dem Schutz der bedürftigen Industriezweige auch Waffen zu bekommen, um bei einer allgemeinen Rückkehr zum Schutzsystem der einheimischen Industrie so viel Gelegenheiten zum Export zu sichern, als erreichbar sind. Ver-

werflich wäre ein System, welches der Industrie weder den einheimischen noch einen einzigen auswärtigen Markt sicherte. Dagegen kann doch die Behauptung kaum einen Augenblick bestehen, man müsse den Schutz des einheimischen Marktes immer bis zur Abschließung desselben treiben und dürfe keinen einzigen Zoll herabsenken, auch nicht um den Preis gesicherten Eingangs unserer Waaren auf auswärtigen Märkten.

Der Pfeil, der die Handelspolitik der Regierung um jeden Preis treffen soll, muß also noch einmal geschärft werden; es wird eine neue These erfunden. Nun heißt es: welche ein Widerspruch und welche Planlosigkeit; man vertheuert durch Ölle Nahrungsmittel, wie Roggen, Fleisch, und kürzt die Einnahmen zu Gunsten einer schon geschützten Industrie durch Herabsetzung der Ölle auf Luxusartikel, wie Korinthen; man drückt also den Armen zu Gunsten der Industrie und erleichtert den Reichen!

Das klingt in der That sehr schlimm, wenn es nur nicht ebenso thöricht als perfide wäre.

Die mäßigen landwirthschaftlichen Einfuhrölle sind nicht um des Finanzertrages willen auferlegt, sondern bezwecken die Sicherung einer stetigen einheimischen Produktion, ohne welche die einheimische Nahrungsversorgung einem heftigen Schwanken zwischen Theuerungspreisen und Schleuderpreisen ausgesetzt, der überwiegende Theil unseres Volkes in seiner wirtschaftlichen Existenz ernstlich geschädigt und damit auch die Industrie in empfindlichste Mitleidenschaft gezogen werden würde. Wenn nun jetzt eine Ermäßigung des Zolles auf Korinthen, also auf ein Produkt, das keinem einheimischen Erzeugniß Konkurrenz macht, zugestanden worden ist, so gehört eine besondere Brille dazu, darin eine Begünstigung der Reichen zu sehen. Ein feines Tafelbedürfnis sind die Korinthen wohl nicht.

Solche Angriffe zu widerlegen ist freilich nicht schwer bei denen, die einer ruhigen Betrachtung der Dinge Gehör geben wollen. Aber die geschilderte Art von Opposition rechnet auch nicht darauf, zu überzeugen, sie will nur verwirren, verleumden, überschreien, in der Rechnung, daß immer etwas hängen bleibt.

Das politische Moment der Steuerfrage.

II.

Vor drei Wochen wurde hier des Anstoszes gedacht, welchen die Fortschrittspresse an einigen von A. Schäffle in der Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft neuerdings aufgestellten Sätzen genommen hat. Einer derselben wurde vor drei Wochen angeführt. Wir lassen zunächst einen anderen folgen, welcher die Stimmung der Fortschrittspresse besonders erklärlich macht. Schäffle sagt: »Solchen Parteien, welche die direkte Besteuerung auf ihre Fahne schreiben, ist es im Grunde mehr um politische Macht gegen die Regierung, als um »Gerechtigkeit« und »rein volkswirtschaftliche« Entwicklung des Steuersystems zu thun. Wer eine »starke Monarchie« will, wird eine Vorliebe für indirekte Steuern haben und kann sie durch offen politische Motivierung wohl immer eher rechtfertigen, als durch »volkswirtschaftliche« Bethuerungen.«

Diesem Satz gegenüber, der wie ein gut geführter Hieb gefesselt zu haben scheint, befindet sich die Fortschrittspresse in einer eigenthümlichen Schwierigkeit. Sie möchte Vortheil ziehen aus der Ansicht Schäffles, daß indirekte Steuern eine starke Monarchie begünstigen, indem sie den auf Ausbildung der indirekten Steuern gerichteten Bestrebungen gern nachsagen möchte, daß dieselben im einseitigen Interesse der Staatsgewalt erfolgen. Die Fortschrittspartei möchte den Gegensatz zwischen Regierung und Volk, der ein höchst unnatürlicher und ungereimter ist, von dem aber die Partei lebt, auch bei dieser Gelegenheit der öffentlichen Meinung einschärfen. Andererseits

möchte aber die Fortschrittspresse nicht eingestehen, daß sie Gegnerin einer starken Monarchie ist. Sie möchte mit anderen Worten das Kunststück fertig bringen, die Kaiserliche wie die Königliche Regierung wegen ihrer Bemühungen um die Befestigung der Monarchie als Gegnerin des Volks darzustellen, zugleich aber das Volk, das heißt die Fortschrittspartei, gegen jeden Schein verwahren, Gegnerin einer starken, auf sich selbst beruhenden Monarchie zu sein. Das ist denn freilich ein Ding, das nur sehr geneigten Lesern eingeredet werden kann.

Der Satz von Schäffle, daß die indirekten Steuern die Stärke der Monarchie begünstigen, wird durch die Art auf das Deutlichste belegt, wie bei allen Völkern der moderne Staat entstanden ist. Man kann geradezu sagen, daß unter den technischen Mitteln, ohne welche der moderne Staat nicht hätte errichtet werden können, die indirekten Steuern eines der wichtigsten sind. Ueberall geht die Ausbildung derselben zusammen mit der Ausbildung der stehenden Heere und des modernen Beamtenthums. Wir wollen nur an das nächstliegende Beispiel erinnern, daß die preussische, durch den großen Kurfürsten begründete und immer mehr vervollkommnete Heeresverfassung zur unentbehrlichen Grundlage den Erlaß der ständischen Beihilfen, der unregelmäßigen Bewilligungen durch das indirekte Steuersystem gehabt hat.

Der Satz von Schäffle ist indes einseitig durch seine Ausdrucksform. Die indirekten Steuern sind nicht die Bedingung einer besonderen Regierungsform, etwa der autokratisch-monarchischen; sie sind vielmehr die Bedingung — wobei wir immer daran erinnern, daß nicht von einer ausschließlichen Anwendung der indirekten Steuern die Rede ist — derjenigen Stärke des Staates, welche er bei den modernen Völkern unter keiner Regierungsform, möge dieselbe wie immer organisiert sein, entbehren kann. In dieser Beziehung hat der Satz von Schäffle die richtige Ergänzung erfahren durch die gleichzeitig bekannt gewordenen Ausführungen eines französischen Nationalökonom, Leroy Beaulieu. Derselbe, als einer der Führer der französischen Freihandelschule bekannt, zeichnet sich von den Anhängern dieser Schule in andern Ländern durch eine äußerst feine und besonnene Abwägung der tatsächlichen Verhältnisse aus. Diese Beachtung der Thatsachen hat ihn dazu geführt, in der kürzlich erschienenen Auflage seiner Finanzwissenschaft (*«traité de la science des finances»*) zu erklären: »die Wahrheitsliebe verpflichtete ihn zu dem Bekenntnis, daß er heute ein weniger entschiedener Anhänger der Ausdehnung der direkten Steuern sei«. Man beachte, daß in Frankreich das System der indirekten Steuern zu einem Grade ausgebildet ist, der als ein überspannter und drückender schwer empfunden wird, während Frankreich bis jetzt eine direkte Besteuerung des Einkommens, wie sie in anderen Ländern üblich ist, gar nicht kennt. Der Kampf für die Ausdehnung der direkten Steuern hat also in Frankreich eine ganz andere Bedeutung als bei uns, wo die Kumulation der direkten Steuern durch Staat und Gemeinde vielmehr diese Steuern zu einer unverhältnismäßigen Last gemacht hat. Gleichwohl erklärt Leroy Beaulieu, von der Befürwortung einer Ausdehnung der direkten Steuern selbst für das heutige Frankreich zurückgekommen zu sein. Sein Hauptgrund ist, daß in Ländern, wo die Partei, welche die Majorität bei den Wahlen hat, souverän regiert, die direkte Steuer zu einem Bedrückungsinstrument werden muß, einmal wider die Einzelnen, welche persönlich den lokalen Autoritäten mißfallen, dann aber wider ganze Volkstheile, sofern sie den Neid, die Furcht oder die Nachsicht auf sich gelenkt haben. Leroy Beaulieu beruft sich auf Beispiele der griechischen Geschichte, welche zeigen, wie aus der direkten Steuer ein Mittel der Depossidierung, der Einschüchterung oder der Rache gemacht worden ist. In Frankreich, fährt er fort, beginnt man in den Gegenden, wo der demokratische Geist am tiefsten in die Lokalbehörden eingedrungen ist, diese Unzuträglichkeiten bereits zu spüren; in den südlichen Departements benutzen die Municipalräthe die Repartition der Gebäudesteuer ganz offen zur Wahlbeeinflussung u. s. w. Leroy Beaulieu wendet sich alsdann gegen die so oft gehörte Behauptung, daß die indirekten Steuern am meisten auf die minder wohlhabenden Klassen fallen, weil

diese die zahlreichsten sind. Auf Einzelheiten dieser scharfsinnigen Widerlegung wird später zurückzukommen sein. Vorläufig mag nur der Gedanke erwähnt werden, daß der Reiche nicht für seine Person allein als Konsument auftritt, sondern für eine Zahl von Personen, deren Größe in der Regel — Ausnahmen wird Niemand in Abrede stellen — mit dem Besitz wächst.

Fragen wir nun, was gegen solche Instanzen die Fortschrittspartei ins Gefecht zu führen hat. Den Vorzug, den die indirekten Steuern für eine ausgebildete, dem Zug der Interessen entnommene, in sich beruhende Staatsgewalt haben, sucht sie zu entkräften mit einem Satz des französischen Schriftstellers Bastiat, der nach der Februarrevolution von 1848 sich Verdienste durch seine geistreiche Bekämpfung der sozialistischen Irrthümer erworben hat, aber auch in die Uebertreibung verfiel, den Staat durch eine ganz individualistische Gesellschaft ersetzen zu wollen, das heißt durch eine Gesellschaft, in welcher der Einzelne den größten Spielraum, der Staat keine oder so gut wie keine Macht hat. Bastiat schreibt: »Wenn eine Regierung eine, zwei oder drei Milliarden nöthig hat, so ist sie gezwungen, dieselben dem Volke mit List abzuzapfen. Die Aufgabe besteht darin, den Bürgern die Hälfte, zwei Drittel, drei Viertel ihrer Einnahmen tropfenweise und stündlich, ohne daß sie etwas davon merken, zu nehmen. Darin liegt die schöne Seite der indirekten Steuern.« Dem Citat dieses Satzes, der klar den Standpunkt des Verfassers ausdrückt, daß keine Regierung etwas anderes wollen kann, als das Volk betrügen, fügt die Bossische Zeitung gegen Schäffle hinzu: »Es ist eine alte Ueberzeugung der liberalen Volkswirthe, daß dem regierungsseitigen Verlangen nach indirekten Steuern nicht volkswirtschaftliche Motive zu Grunde liegen, sondern lediglich politische, und zwar dynastische, gegen den Einfluß des Volkes auf die Art, wie es regiert wird, gerichtete Motive.«

Will man die unüberschreitbare Grenze der direkten Besteuerung zur Grenze des Staatsbedarfs machen, so wird der moderne Staat, der diesen Weg einschlägt, bald der schwächste unter seinen Genossen sein. Aber schon vorher wird er erfahren, daß es eine die menschliche Kraft fast übersteigende Aufgabe ist, bei immer gesteigerten direkten Steuern eine immer peinlichere Ermittlung der persönlichen Leistungsfähigkeit vorzunehmen und dabei immer das Rechte zu treffen. Wäre dabei dem Fehler der Parteilichkeit zu entgehen, so doch niemals dem Verdacht derselben. So ist der Satz Schäffle's unanfechtbar, daß die indirekten Steuern dem Zweck des Staates dienlicher und bis zu einer gewissen Höhe unentbehrlich sind, während die alleinige Basirung der Finanzen auf direkte Steuern von jedem Großstaat mit seiner völligen Entkräftung erkaufte werden würde.

Aber die indirekten Steuern haben nicht bloß politische, sondern auch volkswirtschaftliche Vorzüge, die eine besondere Darlegung verdienen.

Unser Kaiser empfing am Sonnabend (8. September) den Chef des Militärkabinetts zu längerem Vortrage.

Am Montag (10.) begrüßte der Kaiser den zum Besuch in Berlin eingetroffenen Kronprinzen von Portugal im königlichen Schlosse und empfing bald darauf den Gegenbesuch des Kronprinzen im königlichen Palais. Im Laufe des Nachmittags nahm der Kaiser die Vorträge des Chefs des Civilkabinetts und des Ministers der öffentlichen Arbeiten entgegen, worauf zu Ehren des Kronprinzen von Portugal im königlichen Palais ein größeres Mittagmahl stattfand.

Am Dienstag (11.) nahm der Kaiser den Vortrag des Kriegsministers entgegen.

Unser Kronprinz ist Mittwoch (5.) von seiner Inspektionsreise in Bayern nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurückgekehrt.

Dienstag (11.) fand bei den Kronprinzlichen Herrschaften zu Ehren des Kronprinzen von Portugal ein größeres Mittagmahl statt, an welchem auch der Kaiser theilnahm.